



KOMMENTAR

Afghanistan: Die Union steht zu unseren Soldaten

Von Peter Altmaier



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer

Die letzten drei Wochen waren besonders schwer für unsere Soldaten in Afghanistan. Binnen kurzer Zeit wurden sieben Soldaten getötet, acht teilweise schwer verletzt. Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes kamen damit 43 deutsche Soldaten ums Leben. Wir trauern um jeden einzelnen von ihnen, denn sie sind für unsere Sicherheit und damit für unsere Freiheit gestorben. Für die Zukunft gilt: Wir werden Al Qaida und den Taliban das Feld nicht überlassen. Wenn wir unsere Truppen jetzt aus Afghanistan abzögen, nähmen wir verheerende Folgen in Kauf: Nicht nur Afghanistan würde in Chaos und Anarchie versinken, auch unsere Sicherheit und die unserer internationalen Partner wäre existenziell bedroht. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen für die internationale Gemeinschaft wären unabsehbar. Um dieses Szenario zu verhindern, haben die Vereinten Nationen vor acht Jahren den Einsatz in Afghanistan zum Wiederaufbau des Landes und zur Bekämpfung des internationalen Terrors beschlossen. Deutschland darf und wird sich diesem internationalen Einsatz auf keinen Fall entziehen. Deshalb kann sich die Bundeswehr unserer großen Unterstützung sicher sein: Der Deutsche Bundestag steht mit großer Anerkennung und Respekt hinter den deutschen Soldaten, denen er das Mandat zu unserem Schutz in Afghanistan und zum Schutz der afghanischen Bevölkerung erteilt hat. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das in ihrer eindrucksvollen Regierungserklärung noch einmal unterstrichen. Unser Verteidigungsminister hat sich in den letzten Wochen in bemerkenswerter Weise für unsere Soldaten im Norden Afghanistans eingesetzt. Er und unsere Fraktion werden alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um unsere Soldaten bestmöglich zu schützen. Es bleibt zu wünschen, dass der parteiübergreifende Konsens in dieser Frage erhalten bleibt.

FRAKTION DIREKT

THEMA DER WOCHE

Koalition baut Brücken zur Arbeitswelt

Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahren die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erlebt. Dass wir insgesamt noch mit einem „blauen Auge“ durch die schwere Zeit gekommen sind, ist zunächst der Flexibilität der Arbeitnehmer und Unternehmer zu verdanken. In vielen Firmen wurde das geschlossen, was wir von der Union seit Jahren unterstützt haben: Betriebliche Bündnisse für Arbeit zur Verhinderung von Entlassungen, aber auch zur Sicherung der Zukunft der Unternehmen. Besonders groß war dieser Zusammenhalt vor allem in den mittelständischen Unternehmen. Auch deshalb bleibt der Mittelstand, es kann nicht oft genug betont werden, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Dass viele Betriebe zumindest ihre Stammebelegschaft halten konnten, ist auch der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes zu verdanken. Die Zeichen stehen zwar jetzt auf wirtschaftliche Erholung; dennoch ist es richtig, dass die christlich-liberale Koalition noch einmal die Sonderkonditionen für das Kurzarbeitergeld um 15 Monate bis März 2012 verlängert. Denn die Belebung der Konjunktur verläuft in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Wir geben den Unternehmen, die noch um den Anschluss kämpfen, schon heute Planungssicherheit bis über das nächste Jahr hinaus. Diese Koalition handelt.

Zwei weitere Elemente aus dem Paket der Bundesregierung, das Brücken für den Arbeitsmarkt bauen soll, sind mir daneben noch besonders wichtig: Jeder Empfänger von Hartz-IV-Leistungen unter 25 Jahren soll innerhalb von sechs Wochen ein Angebot für eine Arbeitsstelle oder eine Fortbildung erhalten. Rund 200.000 junge Leute leben bereits heute von staatlicher Unterstützung. Ihnen müssen wir helfen, damit sie ihr Leben in die eigene Hand nehmen. Das ist übrigens wieder einmal ein Auftrag, der sich unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild ableitet, das Richtschnur für unsere Politik ist: Hilfe zur Eigenverantwortung.

Dazu gehört auch, dass wir für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien die Aufnahme von Ferienjobs attraktiver machen. Ich habe mich schon lange dafür ausgesprochen, dass ihr Verdienst nicht von vornherein mit den Bezügen der Eltern verrechnet werden darf. Nun wird ein Betrag von 1.200 Euro freigestellt. Den Kindern und Jugendlichen wird damit gezeigt: Leistung lohnt sich. Wenn ich unabhängig vom Staat bin, kann ich etwas erreichen.



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Soldaten verdienen Solidarität und Mitgefühl



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



Hans-Peter Friedrich
Vorsitzender der CSU-
Landesgruppe
Erster Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als notwendig im Kampf gegen den internationalen Terrorismus bezeichnet. „Es wäre ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus“, sagte die Bundeskanzlerin.

Die Abgeordneten rief die Kanzlerin auf, zu dem erst im Februar beschlossenen Mandat zu stehen. „Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossenen haben.“ Merkel hob hervor, dass das Mandat über jeden vernünftigen völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben sei. Der Einsatz der Soldaten sei aber nur die letzte Option. „Er kann stets nur das letzte Mittel sein, streng gebunden an Völker- und Verfassungsrecht“, sagte Merkel.

Ein planloser Abzug könne auch dazu führen, dass Nuklearmaterial aus Nachbarländern in die Hände von Terroristen gelange. Es sei nicht allein eine militärische Aufgabe, dieser Bedrohung zu begegnen. Gleichzeitig räume die Kanzlerin ein: „Es gab manche Fortschritte, es gab zu viele Rückschritte und unsere Ziele waren

zum Teil unrealistisch hoch, oder sie waren zum Teil falsch“, räumte die Regierungschefin ein. Alle Redner sprachen den Angehörigen, Freunden und Kameraden der sieben getöteten Bundeswehrsoldaten ihr Mitgefühl aus. Die Soldaten seien gestorben, weil sie Afghanistan zu einem Land ohne Terror und Angst machen wollten, hob die Kanzlerin hervor: „Alle Soldaten, die in Afghanistan Dienst tun, verdienen unsere Solidarität und unser Mitgefühl“.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, der Bundeswehreinsatz sei weiterhin notwendig. „Wir dürfen nicht zulassen, dass von Afghanistan wieder große Bedrohungen auch für unser Land ausgehen“, rechtfertigte Kauder die Präsenz der Bundeswehr. Deutschland sei an einer Aktion beteiligt, die von den Vereinten Nationen (VN) beschlossen worden sei. Die VN seien darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder die Beschlüsse auch umsetzten. Der Einsatz müsse unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der eigenen Bevölkerung gesehen werden. „Diese jungen Soldaten leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass wir uns in unserem Land sicher fühlen und sicher bewegen können.“ Kauder warnte zugleich davor, die Menschen in Afghanistan in großer Sorge und Unsicherheit zurückzulassen, wenn die Bundeswehr planlos abziehen würde. Sie müssten damit rechnen, dass die Taliban zurückkämen und sie sich nicht wehren könnten.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich machte klar, dass es das Ziel sei, in Afghanistan eine sich selbst tragende Ordnung zu schaffen. Diese Ordnung müsse eine gewisse Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und ermöglichen, dass es Schulen gebe. „Übergabe in Verantwortung“ sei die Leitlinie der Londoner Sicherheitskonferenz. Das setze voraus, dass wir die Sicherheitskräfte der Afghanen handlungsfähig und kampffähig machen.

Zum Auftakt der Sitzung hatten die Abgeordneten der sieben in Afghanistan getöteten Bundeswehrsoldaten gedacht. „Der Deutsche Bundestag und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verneigen sich vor den Toten“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Von dem Ziel, ein stabiles demokratisches afghanisches Staatswesen aufbauen zu helfen, dürfe sich die internationale Staatengemeinschaft nicht verabschieden, unterstrich Lammert.

Flugverkehrseinschränkung wegen Vulkanasche: Sicherheit der Menschen steht an erster Stelle



Dirk Fischer
Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung



Marlene Mortler
Vorsitzende der
Arbeitsgruppe Tourismus

Die Auswirkungen der isländischen Vulkanaschewolke auf den Flugverkehr waren in dieser Woche Thema im Deutschen Bundestag. In einer Regierungserklärung hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer deutlich gemacht, dass es alternativlos war, unverzüglich Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und erhebliche Einschränkungen des Flugverkehrs vorzunehmen. An allererster Stelle stehe im Flugverkehr die Sicherheit für Passagiere und Besatzungen sowie der Menschen am Boden, sagte Ramsauer. Es gebe darüber hinaus ein eindeutiges internationales Regelwerk, das von allen Verantwortlichen einzuhalten sei. Der Minister strich heraus, dass er gleich nach Bekanntwerden der heranziehenden Aschewolke den Krisenstab zusammengerufen habe. Es sei richtig gewesen, diesen am Sitz der Deutschen Flugsicherung (DFS) einzurichten. Beteiligt waren auch Experten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) sowie von Anfang an die international zuständige Luftsicherheitsbehörde ICAO.

Der Verkehrsminister führte aus, dass er für die Zukunft unter anderem die Verkürzung der Inspektions- und Wartungsintervalle bei allen Flugzeugen sowie die Einrichtung eines Meldezentrams für Vorkommnisse an Triebwerken durch Vulkanasche veranlasst habe. Hier bestehe nun Meldepflicht für alle Fluggesellschaften an die Flugsicherung.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, unterstrich, die Entscheidung des Verkehrsministers sei absolut richtig gewesen. Solange nicht auszuschließen sei, dass eine Gefahr für den Luftverkehr und damit eine Gefahr für Leib und Leben besteht, könne man gar nicht anders entscheiden, als den Luftverkehr nahezu auf Null zu steuern. Fischer wies darauf hin, dass das Krisenmanagement trotz der wenigen Erfahrungen mit einem Vulkanausbruch dieses Ausmaßes vorbildlich funktioniert habe. Deutschland stünde im Vergleich mit den Nachbarstaaten am besten da: Es verfüge als einziges Land über ein mit Laser-Radar ausgerüstetes Forschungsflugzeug, um erforderliche Messungen durchzuführen. Dass dieses bereits am Montag einsatzbereit war, sei bemerkenswert. Es komme nun darauf an, die Erfahrungen so gut wie möglich zu verwerten. Alle Messdaten müssten gesammelt und ausführlich ausgewertet werden. Aufgetretene Fragen müssten mit wissenschaftlicher Unterstützung angegangen werden. Auch seien gemeinsame europäische Standards wichtig, um ein einheitliches Herangehen zu erreichen. Zuerst jedoch gehe es um die Beseitigung des Staus an den Flughäfen und die Wiederherstellung des normalen Flugverkehrs in Deutschland und Europa. Hierfür könne es sinnvoll sein, das Nachtflugverbot für einige Tage flexibel zu handhaben, wie dies in Hamburg geschehe. Diese Entscheidung sei nicht leicht, aber es gehe um die Menschen, die nach Hause geholt werden müssten.

Die tourismuspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Marlene Mortler, sprach dem Verkehrsminister ihren Dank für das Krisenmanagement aus. Sie betonte auch die vorbildliche Hilfe der deutschen Reiseveranstalter zusammen mit den zuständigen Bundesministerien und Behörden im In- und Ausland für die gestrandeten Touristen. Sie verwies darauf, dass der Tourismusausschuss des Bundestags sich nun mit allen wichtigen Akteuren der Tourismusbranche, der Fluggesellschaften, der Flughäfen - auch der Verbraucherzentrale Bundesverband wird dabei sein -, mit Vertretern der Bundesregierung, der Reiseveranstalter und der Reisebüros zusammensetzen werde, um intensiv darüber zu beraten, wie der aktuelle Stand sei und was nun kommen müsse.

Über die Auswirkungen der Vulkanasche auf seinen New York-Aufenthalt berichtet Holger Haibach unter www.blogfraktion.de

Ja zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Island



Andreas Schockenhoff
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Der Bundestag hat in dieser Woche zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Stellungnahme abgegeben, ob mit einem Land Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union aufgenommen werden sollen. Dieses neue Recht hat der Bundestag mit dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages im Dezember 2009 erhalten. Seither ist die Bundesregierung verpflichtet, Einvernehmen mit dem Parlament herzustellen, bevor sie im Europäischen Rat der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustimmen kann. Bei allen vorhergehenden

Erweiterungen hatte der Bundestag kaum Möglichkeiten, auf die Beitrittsverhandlungen Einfluss zu nehmen.

Der Bundestag hat sich dafür ausgesprochen, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Island zu eröffnen. Für uns als CDU/CSU erschöpft sich unser neues Recht allerdings keineswegs in einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ zu Beitrittsverhandlungen. Wir sehen uns vielmehr in der Verantwortung, unsere Erwartungen an die Beitrittsverhandlungen klar zu formulieren. Dabei geht es vor allem darum, deutlich zu machen, in welchem Bereich der Beitrittskandidat noch Anstrengungen unternehmen muss, um der EU beitreten zu können. Wir müssen am Ende der Verhandlungen klar begründen können, warum wir es für

richtig, notwendig und verantwortbar halten, ein neues Mitglied in die EU aufzunehmen – oder auch nicht aufzunehmen. Dafür müssen wir uns schon vor Beginn der Verhandlungen ein eigenes, genaues Bild über den Stand der Vorbereitungen des Kandidatenlandes machen. Bei vielen Ländern, die eine EU-Perspektive haben – wobei Island ausdrücklich ausgenommen ist –, sind die Problemthemen Rechtsstaatlichkeit, Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung.

Ein Beitritt Islands wäre für die EU ein Gewinn. Island ist eine stabile parlamentarische Demokratie. Die EU kann von Islands Wissen auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien profitieren. Und Island ist für die EU als Tor zur Arktis im Hinblick auf Rohstoffe und Energieversorgung von strategischem Interesse. Auch wird der Nordatlantik in Zukunft an Bedeutung zunehmen. Wir erwarten allerdings, dass Island seine Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung und der Gewährleistung tragfähiger, öffentlicher Finanzen fortsetzt. Sicherergestellt werden müssen auch das kommerzielle Walfangverbot und eine Einigung in den Fischerei-Fragen. Da diese besonders schwierig sind, ist mit einem Beitritt eher im Jahr 2014 zu rechnen als früher.

Wichtig für uns ist, dass Island die Grundidee einer immer tieferen Integration mitträgt. Wie weit Island dazu bereit ist, lässt sich nur im engen Kontakt mit der isländischen Regierung, dem Parlament und der Bevölkerung feststellen. Diese Integrationsbereitschaft zu ermitteln, wird eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben in unserer Begleitung des Verhandlungsprozesses für den EU-Beitritt Islands werden.

Fraktion vor Ort: Schockenhoff reist nach Island

In Vorbereitung der Stellungnahme des Deutschen Bundestages zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island ist der für Außen- und Europapolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Andreas Schockenhoff zusammen mit dem Vorsitzenden des EU-Ausschusses der französischen Nationalversammlung Pierre Lequiller nach Island gereist. Ziel war, sich vor Ort ein eigenes Bild von der Beitrittsfähigkeit und Integrationsbereitschaft des Landes zu machen. Hierzu wurden in Reykjavik Gespräche mit hochrangigen Regierungsmitgliedern geführt. Zu den Gesprächspartnern zählten Ministerpräsidentin Johanna Sigurðardóttir, Außenminister Össur Skarphéðinsson, Fischerei- und Landwirtschaftsminister Jón Bjarnason, Kollegen des Auswärtigen Ausschusses des isländischen Parlaments und Vertreter von Unternehmen, Medien sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Mehr über die Andreas Schockenhoffs Eindrücke von seiner Islandreise lesen Sie unter: www.blogfraktion.de



Andreas Schockenhoff, Johanna Sigurdardottir und Pierre Lequiller

Sicherheit im Eisenbahnverkehr hat höchste Priorität



Dirk Fischer

Vorsitzender der
Arbeitsgruppe
Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Sicherheit im Eisenbahnverkehr hat höchste Priorität. Auch wenn es nicht möglich ist, jede Gefahr auszuschließen, sind die Eisenbahnunternehmen dazu verpflichtet, höchstmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Wir als Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP fordern in unserem Antrag „Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland“ die Bundesregierung auf, ein Konzept für eine Weiterentwicklung der Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland vorzulegen. Sicherheitsbelange dürfen nicht hinter wirtschaftlichen Zielsetzungen

zurückstehen.

Die gefährlichen Ereignisse mit Radsatzwellen bei ICE-Zügen und bei Güterwagen sowie die Probleme bei der S-Bahn Berlin haben gezeigt, dass die Übertragung der

Aufgaben der Sicherheitsbehörde auf das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) und auch die Einrichtung einer Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes (EUB) der richtige Weg für schnelle und effektive Reaktionen der staatlichen Aufsicht sind. Die zu den Vorfällen im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchgeführte öffentliche Expertenanhörung hat aber auch Handlungsbedarf aufgezeigt.

Unfälle, überfüllte Züge, lange Wartezeiten – solche Folgen eines unzureichenden Sicherheitsmanagements bei der Eisenbahn sind inakzeptabel und führen zum Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Bundesregierung sollte die Kompetenzen des für das Sicherheitsmanagement zuständigen Personals stärken und ausbauen. Außerdem müssen die Rechte der Fahrgäste etwa hinsichtlich der Fahrpreiserstattungen gestärkt werden. Dazu gehören auch eine bessere Informationspolitik über Alternativen bei Zugausfällen, ausreichende Fahrzeugkapazitäten sowie über den Regelfahrplan hinaus gehende Angebote. Auch zum Umgang mit minderjährigen Fahrgästen brauchen wir verbesserte Richtlinien.

Der Aufschwung kommt an - Reformen jetzt fortführen



Michael Fuchs

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Das Frühjahrsgutachten der sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt: Der Aufschwung kommt an. Die wirtschaftliche Lage und die Lage am Arbeitsmarkt verbessern sich. Es entstehen notwendige haushaltspolitische Spielräume zur Sicherung und Stärkung einer konsequenten Wachstumspolitik, und es entsteht die notwendige Zuversicht für Investitionen bei Unternehmen. Das Vertrauen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird gestärkt.

Die Zahlen der Forschungsinstitute belegen: Die Wirtschafts-

politik der Koalition entfaltet die erhoffte Wirkung. Das gilt auch für den nochmaligen Konjunkturreffekt durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit einem Entlastungsvolumen in Höhe von gut 8 Milliarden Euro. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird sich 2010 und 2011 der Prognose zufolge wieder um insgesamt 2,9 Prozent erhöhen. Das ist bemerkenswert angesichts der schwierigen internationalen wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Offensichtlich geht es nach der

schweren Wirtschafts- und Finanzkrise und dem damit verbundenen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5 Prozent im Jahr 2009 nun wieder stetig bergauf.

Die Zahl der Erwerbstätigen bleibt auf dem 2008 erreichten Rekordniveau in Höhe von 40,25 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen wird von 3,4 Millionen im Jahresdurchschnitt 2009 auf 3,3 Millionen 2011 sinken. Damit haben gerade die Arbeitsmärkte die Krise in bemerkenswerter Weise gemeistert. Das stärkt die sozialen Sicherungssysteme und vermindert den Druck auf die Höhe der Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen und auf die Zusatzkosten der Arbeit.

Die Verbraucherpreise bleiben stabil, sie steigen um lediglich 0,9 Prozent 2010 und 1 Prozent 2011. Die Lohnstückkosten werden aufgrund der anhaltenden Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland und infolge moderater Produktivitätszuwächse leicht sinken (um 0,6 Prozent 2010 und um 0,2 Prozent 2011). Davon werden unser Industriestandort, die Arbeitsplätze hierzulande und die Exportwirtschaft profitieren.

Besorgniserregend bleibt der negative Finanzierungssaldo des Staates: Erwartet werden gesamtstaatliche Defizitquoten in Höhe von minus 4,9 Prozent 2010 und minus 4,2 Prozent 2011. Deshalb bleibt die Konsolidierung des Staatshaushaltes neben der notwendigen Stärkung der Wachstumskräfte eine zentrale Herausforderung der Politik.

Neuregelung der Vergütungssysteme stärkt nachhaltigen Unternehmenserfolg



Leo Dautzenberg
Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Finanzen

Eine übertriebene und verfehlte Vergütungspolitik gefährdet nicht nur die Stabilität einzelner Unternehmen, sondern wirkt sich negativ auf die Finanzmarktstabilität im Allgemeinen aus. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein lehrreiches und zugleich mahndes Beispiel: Durch falsche Anreize gingen Mitarbeiter von Finanzinstituten unvermeidbare und unkontrollierbare Risiken ein.

Vergütungen müssen längerfristig ausgerichtet werden, bei Misserfolgen müssen Manager auch mit ihren variablen Entlohnungsbestandteilen haften. Mit dem Vorstandsvergütungs-

gesetz und den Instrumenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, Gehälter zu beschränken, haben wir in Deutschland schon frühzeitig richtige Schritte eingeleitet. Zudem dürfen Hauptversammlungen zu den Vergütungen der Manager ein Votum abgeben. Jetzt gilt es, die neuen Durchgriffsrechte und die Aktionärsdemokratie in Deutschland auch zu nutzen.

Mit dem Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen sollen in Zukunft auch Geschäftsleiter und Mitarbeiter im Bankenbereich hinsichtlich ihrer Vergütung neuen Regelungen unterworfen werden, im Versicherungsbereich auch Aufsichtsratsmitglieder. Die Regelungen betreffen insbesondere die Frage, wie Vergütungssysteme ausgestaltet, überwacht und weiterentwickelt werden. Denn man sollte nicht erst auf der Ebene der Vorstände ansetzen. Die neuen Regelungen sollen bewirken, dass nicht nur die Vorstände, sondern auch die Mitarbeiter den nachhaltigen Unternehmenserfolg fest im Blick haben.

Volker Kauder kondoliert in der polnischen Botschaft

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder hat in der vergangenen Woche dem Botschafter der Republik Polen Dr. Marek Prawda das tiefe Mitgefühl und die aufrichtige Anteilnahme der Parlamentarier von CDU und CSU angesichts der nationalen Tragödie, die das Land getroffen hat, ausgesprochen.

Kauder äußerte sich tief betroffen zum Tod von Präsident Lech Kaczyński und seiner Ehefrau sowie zahlreicher weiterer führender Repräsentanten des Landes.

Der Fraktionsvorsitzende trug sich in das Kondolenzbuch in der polnischen Botschaft in Berlin mit folgendem Text ein:

„Wir trauern mit dem polnischen Volk und unseren polnischen Freunden.“

Hören Sie Volker Kauder dazu auch in seinem Podcast (<http://ikauder.de>).



Der Fraktionsvorsitzende trug sich in das Kondolenzbuch in der polnischen Botschaft in Berlin ein

Elektromobilität: Energisch auf die Überholspur



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder beim Fachgespräch

Die Unionsfraktion bringt die Elektromobilität mit Nachdruck und großer Umsicht voran. Dies bewies sie nicht zuletzt in dieser Woche in ihrem Fachgespräch „Energisch elektrisch! Mit Hochdruck zum Stromauto“, auf dem sie zur Vorbereitung auf den Gipfel im Bundeskanzleramt am 3. Mai ihre neu entwickelten Leitvorstellungen zur Elektromobilität vor beinahe 300 geladenen Gästen spiegelte.

Nach einer Begrüßung durch den Fraktionsbeauftragten für Elektromobilität, Andreas Jung, stellte der Vor-

sitzende der Unionsfraktion Volker Kauder die Kernfragen des Tages: Wie erhält die deutsche Automobilindustrie ihren weltweiten Spitzenplatz, wenn zukünftig immer häufiger elektrisch angetriebene Autos nachgefragt werden? Wo liegen die Herausforderungen zum Aufbau der unverzichtbaren Ladeinfrastruktur? Wie schafft man – bei aller Rücksicht auf noch lange unverzichtbare Verbrennungsmotoren – ein günstiges Umfeld, um bis 2020 die Zielmarke von einer Million Elektrofahrzeugen auf deutsche Straßen zu bringen?

Nach zwei informativen und kurzweiligen Diskussionsforen im Rahmen der Veranstaltung nahm der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Andreas Scheuer ein Bündel wertvoller Empfehlungen für den Gipfel am 3. Mai mit. Den Kern der politischen Ziele der Unionsfraktion zur Förderung der Elektromobilität wird demnach eine massive Forschungsförderung bilden, die sich auf die Entwicklung leistungsfähiger Fahrzeugbatterien in Deutschland konzentriert, ohne gleichzeitig den übergreifenden Grundsatz der Technologieoffenheit zu verletzen. Unterstützt wird auch die Einführung einheitlicher internationaler Standards, d.h. mindestens EU-weiter einheitlicher Vorschriften bei Sicherheit, Steckern, Stromstärke und Datenübertragung. Steuerliche und anderweitige Anreize, nicht jedoch eine direkte Prämie vergleichbar der Umweltprämie, kommen hinzu. Die verstärkte öffentliche Beschaffung von Elektroautos und eine Rohstoff- und Recyclingstrategie runden die Empfehlungen der Fraktion ab.

Mehr Schutz für Polizisten vor überbordender Gewalt

Rechtswissenschaftler, Polizisten und Politiker tauschten sich beim Expertengespräch der Fraktion aus über die Gefahren, denen sich Polizeibeamte heute in ihrer täglichen Arbeit gegenüber sehen – und über die Möglichkeiten, diese besser zu schützen.

Nach mehreren Jahrzehnten Dienst „auf der Straße“ waren sich Peter Hönle und Karl-Heinz Gaertner einig: Die Gewalt gegenüber Polizisten als Repräsentanten des Staates hat quantitativ und qualitativ zugenommen. Dabei stammen beide aus Teilen Deutschlands, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten: Hönle ist Polizeidirektor im schwäbischen Waiblingen, Gaertner Polizeihauptkommissar im Berliner Bezirk Neukölln. Beide berichteten aus ihrem Alltag und zeichneten ein Bild jenseits der Statistiken: nicht nur in der Großstadt, sondern von „Flensburg bis Passau“ hätten die „Beißhemmungen“ abgenommen, der Respekt vor der Polizei sei dahin. Von täglichen Beleidigungen und Beschimpfungen bis hin zu immer rücksichtsloser werdenden, teilweise gezielt geplanten Angriffen reiche das Spektrum der Taten. Dies betreffe nicht nur die Großeinsätze, wie zum Beispiel beim G8-Gipfel in Heiligendamm, wo teilweise die Polizei von links-extremen Gewalttätern eingekesselt wurde, wie Hönle berichtete; auch im Einzeldienst auf Streife und bei Routinekontrollen würden Polizisten teilweise tätlich angegriffen, geschlagen und getreten. Häufig verhindere nur die Schutzausrüstung Schlimmeres. Beide Polizisten beklagten, dass nicht „restriktiv“ genug durchgegriffen werde. Auch die Vertreter der Polizeigewerkschaften bemängelten die Situation: „Die Deeskalation ist gescheitert!“, so Klaus Jansen, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter.

Polizisten und Juristen forderten Konsequenzen im Strafgesetzbuch. Zunächst einmal müsse das vorhandene Recht weiter ausgereizt werden, als dies bisher geschehe, führte Clemens Lückemann, Bamberger Generalstaatsanwalt, aus. Dazu könnten viele verschiedene Straftatbestände, etwa die gefährliche Körperverletzung, herangezogen werden. Grundsätzlich dürfe das Verfahren nicht sofort eingestellt werden, so der Staatsanwalt.

Die Rechtswissenschaftler und Gewerkschaften zeigten verschiedene Möglichkeiten der juristischen Verschärfung auf, wenn Polizisten im Sinne des § 113 des Strafgesetzbuches bei der Ausübung ihres Dienstes angegriffen würden, zum Beispiel die Anhebung des Strafrahmens auf vier Jahre Freiheitsstrafe und die Einführung einer Mindeststrafe. Niels Korte, Berliner Rechtsanwalt und Professor für Verwaltungsrecht, sprach sich für die Einführung eines Sondertatbestandes aus, der gezielt Polizisten als Staatsdiener mit all ihren Tätigkeiten und damit das Gewaltmonopol des Rechtsstaates schütze. Dieser Tatbestand könne auch auf andere Berufsgruppen im öffentlichen Dienst angewendet werden, die sich auch für unsere Gesellschaft besonders einsetzen – etwa Feuerwehrleute oder Rettungskräfte. Diese seien, so berichteten die Polizisten, auch immer häufiger Gewaltangriffen ausgesetzt.

Einig waren sich alle Teilnehmer des Expertengesprächs: Diejenigen, die ihre Gesundheit und ihr Leben für unseren Rechtsstaat riskieren, müssen besser geschützt werden. CDU und CSU werden darauf drängen, die immer brutaler werdenden Gewalttäter, die unsere Polizisten angreifen, auch härter zu bestrafen.



Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günter Krings und die Referenten des Expertengesprächs

Positionen einer zukunftsfesten Agrar-, Ernährungs- und Verbraucherpolitik



Peter Bleser

Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Ernährung,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

In den ersten Monaten der christlich-liberalen Koalition hat die Unionsfraktion den Weg fortgesetzt, den sie bereits in der unionsgeführten großen Koalition eingeschlagen hatte:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft und
- wissenschaftlich basierte Bewertung neuer und innovativer Technologien.

Im Verbraucherschutz setzen wir darauf, den Verbrauchern die Teilnahme am Markt auf Augenhöhe mit der Wirtschaft zu ermöglichen. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter.

Unsere Politik steht für eine gesunde und leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft, eine nachhaltige, umweltfreundliche und tierartgerechte Produktion, eine hohe Qualität und Sicherheit unserer Lebensmittel, für eigenverantwortliche und informierte Verbraucher sowie für zukunftsfähige ländliche Räume.

Die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat sich anlässlich ihrer Klausurtagung mit den aktuellen Herausforderungen der Agrar-, Ernährungs- und Verbraucherpolitik befasst und hat sich auf folgende Positionen verständigt:

- Wir fordern eine Anerkennung der Sonderrolle der Land- und Forstwirtschaft beim Klimaschutz. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist alternativlos! Um eine steigende Weltbevölkerung versorgen zu können, sind hohe Erträge auf bestehenden Ackerflächen unabdingbar. Land- und Forstwirtschaft sind die einzigen Wirtschaftsbereiche, die durch die Bindung von CO₂ aktiv zum Klimaschutz beitragen.
- Wir müssen unseren Bürgern erklären, wozu die Mittel der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik auch zukünftig nötig sind. Die sichere Versorgung

mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln und die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte sind keine Aufgaben aus vergangenen Zeiten, sondern sind zentraler Auftrag für eine zukünftige Agrarpolitik! Wir wollen den Weg der vorangegangenen Agrarreformen fortsetzen und das Modell der multifunktionalen Landwirtschaft im EU-Haushalt absichern.

Land- und Ernährungswirtschaft haben Zukunft und sind ein Stabilitätsfaktor in der Krise, was auch die Entwicklung der Beschäftigten in der Nahrungs- und Futtermittelproduktion zeigt hat.

Wir nehmen unsere Verantwortung in der Ernährungs- und Verbraucherpolitik wahr und entwickeln diese – orientiert an den aktuellen Anforderungen – weiter. Die Union betrachtet Verbraucherschutz aus der Sicht der Betroffenen. Daher wollen wir unter anderem folgende Punkte vorantreiben:

- Anlegerschutz: Transparenz und Sicherheit müssen oberste Priorität bei Finanz- und Versicherungsgeschäften haben. Frühwarnsysteme und die Etablierung eines Verbraucherbeirates müssen in die Finanzaufsicht integriert werden. Mit der Stärkung der Honorarberatung als Alternative zur Provisionsberatung und mit verpflichtenden Qualifikationsmindeststandards für alle Finanzvermittler soll verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden.
- Der digitale Verbraucherschutz muss mit fairen Zugangsbedingungen, der Sicherheit von Daten und Geschäften sowie dem Schutz vor Belästigungen und Betrügereien weiter gestärkt werden. Im Zentrum muss die Selbstbestimmung der Verbraucher über ihre Daten stehen. Eine Weiterleitung und Kommerzialisierung privater Daten darf nur mit Zustimmung der Betroffenen erfolgen.
- Bei der Lebensmittelkennzeichnung muss drin sein, was drauf steht. Dies zeigt auch wieder der aktuelle Fall von „Klebeschinken“. Die Verbrauchertäuschung zu Marketingzwecken muss endlich ein Ende haben. Wir brauchen stattdessen eine qualitätssteigernde Lebensmittelkennzeichnung!

Das vollständige Papier der Arbeitsgruppe ist unter http://www.cducusu.de/mediagalerie/getMedium.aspx?m_id=2073 abrufbar.

Neues Paket für den Arbeitsmarkt

Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem gezielt die Chancen von Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden gefördert werden soll, ihre Beschäftigung zu behalten bzw. schnell eine neue zu finden. Ein Schwerpunkt liegt auf Gruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: Junge Menschen, Alleinerziehende und Ältere.

Arbeitsmarkt

- Die Koalition verlängert die Förderung des erfolgreichen Modells der **Kurzarbeit bis Ende März 2012**. So erstattet die Bundesagentur für Arbeit weiterhin die Hälfte der Sozialbeiträge für die Kurzarbeiter eines Unternehmens und trägt sie ab dem sechsten Monat vollständig. Für diese Investition in die Arbeitssicherheit werden wir voraussichtlich 800 Millionen Euro aufwenden.
- Der **Bonus**, den ein Unternehmen erhält, das **Azubis aus einer insolventen Firma** übernimmt, damit diese ihre Lehre abschließen können, wird **bis 2013** weiter gezahlt.

Soziales

- **Hartz IV-Empfänger unter 25 Jahren** sollen besonders gefördert werden. Ihnen wird spätestens **sechs Wochen nach ihrem AIG II-Antrag ein sinnvolles Angebot** für das Nachholen eines Schulabschlusses, für einen Ausbildungsplatz, eine Weiterbildung oder auch einen Therapieplatz gemacht. Außerdem hilft ihnen ein **persönlicher Ansprechpartner** dabei, die Herausforderungen von Ausbildung und Beruf zu meistern. Lehnen sie diese Angebote ab, können ihnen die Transferleistungen gekürzt werden.
- **Alleinerziehende** sollen es leichter haben, Arbeit zu finden, indem die **Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder verbessert** werden. Dazu werden Zielvereinbarungen mit den Kommunen geschlossen.
- Das Bundesprogramm „**Perspektive 50 plus**“, die die Beschäftigungschancen für Ältere erhöht, wird **auf ganz Deutschland** ausgeweitet.
- **Jugendliche aus Hartz IV beziehenden Familien** werden besser gestellt: Ihre **Verdienste bis 1200 Euro aus Ferienjobs** werden zukünftig nicht mehr mit den Unterstützungsleistungen, die ihre Eltern erhalten, verrechnet.

Die Gruppe der Frauen

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen - dies gilt für alle Bereiche von Politik und Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund haben sich die Parlamentarierinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits 1980 zu einer parlamentarischen Gruppe zusammengeschlossen, um geleitet von dem Grundsatz „Gemeinsam sind wir stärker“ ihre Kräfte und Kompetenzen sinnvoll zu bündeln. In der 17. Wahlperiode sind derzeit 47 Parlamentarierinnen Mitglied der Gruppe der Frauen, das heißt, der Frauenanteil der Fraktion liegt nur bei mageren 20 Prozent – viel zu wenig, wenn man bedenkt, dass etwa 51 Prozent der Bevölkerung weiblich sind! Selbstverständlich gehören zu der Gruppe der Frauen auch die Bundeskanzlerin sowie unsere Bundesministerinnen und Parlamentarische Staatssekretärinnen, die mit ihrer erfolgreichen Arbeit die Kompetenz von Frauen nach außen tragen – der Anteil von Frauen in der Regierung liegt über 28 Prozent. Die Vorsitzende der Frauengruppe ist Rita Pawelski, Mitglieder des Vorstands sind Katharina Landgraf, Nadine Müller, Daniela Raab und Elisabeth Winkelmeier-Becker.

In der Gruppe der Frauen wird moderne Politik für Frauen unterstützt, die selbstverständlich alle Ressorts mit einschließt, denn Frauenpolitik ist Querschnittspolitik. Und so steht die Wirtschaftspolitik ebenso auf der Agenda der regelmäßigen Sitzungen der Gruppe der Frauen wie die Themen Familie, Gesundheit, Rente, Arbeit und Soziales, Steuern und Finanzen, Bildung und Umwelt sowie Wissenschaft und Forschung oder Außenpolitik. Die Gruppe der Frauen zeigt auf, dass es nahezu kein Thema gibt, das Frauen nicht angeht und deshalb grundsätzlich die Meinung von Frauen gehört werden und in die Entscheidungsfindung einfließen muss. Und: Lassen sich Fragen nicht besser beantworten und Probleme nachhaltiger lösen, wenn auch die weibliche Sicht der Dinge in die Überlegungen mit ein-

bezogen wird?

So ist zum Beispiel die geschlechter-, alters- und familiengerechte Ausgestaltung der Arbeitswelt in diesem Zusammenhang eine große Herausforderung, der sich Politik und Unternehmen heute und in der Zukunft stellen müssen. Gleiche Karrierechancen von Frauen, gleiches Entgelt – Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung, von Beruf und Pflege sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Nächstes Schwerpunktthema unserer Mittagssitzungen ist die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Auswirkungen der Mini- und Midijobs auf die Lebenssituation der Frauen. Auf unserer Klausurtagung werden wir uns intensiv mit dem Thema von Frauen in Führungsgremien befassen. Nach der Sommerpause folgt das Thema Integration.

Die Gruppe der Frauen will sich stärker vernetzen – innerhalb der Fraktion, etwa durch Treffen unseres Vorstands mit den Vorständen anderer soziologischer Gruppen, aber auch über die Grenzen der Fraktion hinaus. Neben einem Treffen mit den weiblichen FDP-Fraktionsmitgliedern (um sich besser kennenzulernen) wird sich die Gruppe während abendlicher Kamingespräche mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens treffen. So erwarten wir im Herbst den DFB-Präsidenten Theo Zwanziger und die Organisatorin Steffi Jones sowie einige Fußballerinnen, um über den Stand der Planung der Frauenfußball-WM 2011 zu informieren. Ein weiteres Kamingespräch werden wir mit der Unternehmerin Liz Mohn vom Bertelsmann-Verlag führen.

Unser Ziel ist es, das erfolgreiche Wirken unserer Kolleginnen stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu transportieren, Netze der Kommunikation zu knüpfen und die Arbeit unserer Kanzlerin zu unterstützen.



Mehr Informationen zur Gruppe der Frauen finden Sie unter:
www.cduscu.de/gdf

Personalie

Rechtspolitische Sprecherin



Andrea Voßhoff

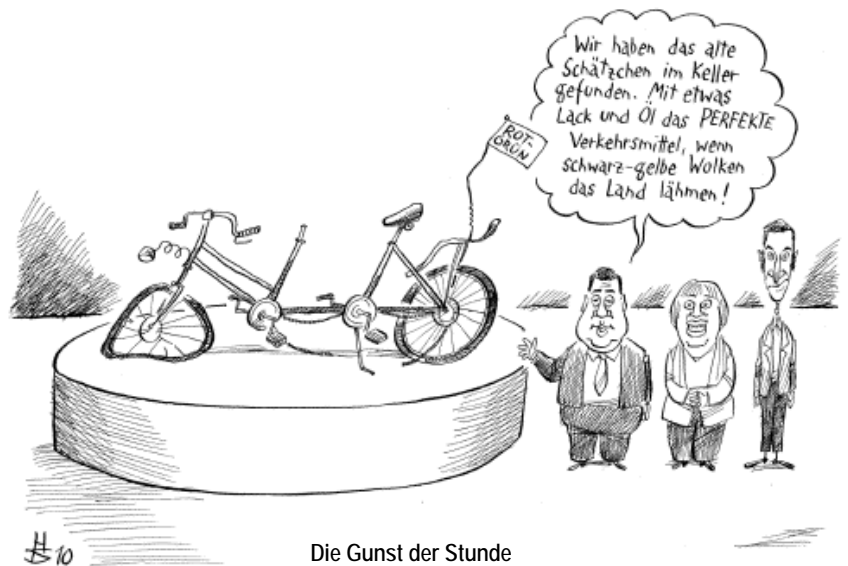
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung Andrea Voßhoff zur rechtspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Vorgänger von Andrea Voßhoff war Michael Grosse-Brömer, der nun Justiziar der Fraktion ist.

Deutsche Export Performance von 2000 bis 2009

WIESBADEN – Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, ist der deutsche Index der Export Performance mit den 25 wichtigsten Partnerländern von 2000 bis 2009 um knapp 11% gestiegen. Gemessen am Bezugsjahr 2005 stieg der Index in diesem Zeitraum zwischen 2000 und 2009 von 92 auf 102 Punkte.

Die Export Performance misst den Marktanteil deutscher Warenexporte an den Importen der bedeutendsten Partnerländer. Der Index beschreibt, wie



Die Gunst der Stunde

Zeichnung: Sakurai

sich der Anteil der deutschen Waren an den Gesamtimporten dieser Länder im Zeitablauf verändert hat. Wachsen die deutschen Exporte in die Partnerländer schneller als deren Gesamtimporte, so steigt der deutsche Export-Performance-Index.

Dem Anstieg des Export Performance Index von 2000 bis 2003 von 92 auf 106 Punkte folgte von 2003 bis 2006 ein Rückgang von 106 auf 100: Die deutschen Exporte waren langsamer gewachsen als die Gesamtimporte der 25 größten Partnerländer. Nach einem erneuten Anstieg auf 104 im Jahr 2007 ging der Index 2008 wieder auf den Wert von 2006 zurück. 2009 verbesserte er sich erneut, und zwar auf 102 Punkte.

Betrachtet man einzelne Partnerländer, so zeigt sich, dass der deutsche Export-Performance-Index (2005=100) im Jahr 2009 einen besonders hohen Stand gegenüber China (127), Österreich (111), Polen (110), Dänemark (109) und der Schweiz (109) erreichte. Besonders niedrig war er gegenüber der Slowakei (80), Portugal (82), Ungarn (83), der Türkei (84) und Japan (85).

IMPRESSUM

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Dr. Kristin Pokorny
(verantw.)
Christine Maier (Layout)
Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660

TERMINE

- | | |
|--------------------|---|
| 15. Juni 2010 | Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zollpackhof
Beginn: 18:00 Uhr |
| 12. September 2010 | Tag der Ein- und Ausblicke |